

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. Karlsruher Ausgabe. 1890-1890 1890

134 (21.10.1890)

Erscheint täglich als Karlsruher Ausgabe u. kostet ins Haus geliefert monatlich 70 Pfg. Durch die Post bezogen mit Zustellgebühr 1/4 jährlich Mk. 2.25.

Inseratenpreis: 10 Pfg. die einspaltige Garmondzeile, bei größeren Anzeigen und bei öfterem Einrücken entsprechenden Rabatt.

Volksfreund

Einzelnummern 5 Pfg.

Südwestdeutsches Volksblatt.

Einzelnummern 5 Pfg.

Verlag von Adolf Ged in Offenburg. Redaktion u. Expedition von Kreuzstr. 31 in Karlsruhe. Alle Artikel d. Bl., die durch Korrespondenz-Verzeichnisse als Originalartikel bezeichnet sind, dürfen nur unter ausdrücklicher Bezeichnung der Quelle abgedruckt werden. Anzeigensätze gratis.

Der Parteitag in Halle.

Halle, 20. Oktober.

Als Ergänzung zu unserem letzten Bericht geht uns Folgendes zu:

Zur Revision des Parteiprogramms spricht Genosse **Gutenstein-Karlsruhe**: Das Parteiprogramm ist selbst Genossen noch nicht genau bekannt. Es muß in seinen Abänderungen, soweit sie durch die veränderten Verhältnisse geboten sind, genau berathen werden. Die Frage unserer Stellung zur Religion, die Frage unserer wirtschaftlichen und unserer politischen Stellung muß im Programm noch genauer als bisher beantwortet werden.

Sitzung vom 16. Okt. (Fortsetzung der Nachmittagsitzung.)

Wilschke-Berlin bespricht die Einrichtung der Berliner Streik-Kontrollkommission. Klug und vernünftig angewendet, ist der Boykott eine vorzügliche Waffe.

Bejer-Leipzig: Die gewerkschaftliche Organisation ist nach Kräften zu unterstützen.

Von **Glocke-Berlin** ist folgende Resolution eingegangen:

„In Erwägung, daß durch die fortschreitende wirtschaftliche Entwicklung der ökonomische Kampf zwischen Arbeit und Kapital immer schärfere Formen annimmt und angesichts der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber der von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Arbeiterschutzgesetz ist es eine Nothwendigkeit, diesen Kampf seitens der Arbeiter zu organisieren. Die geeignete Form dieser Organisation ist die gewerkschaftliche. Der Parteitag ersucht deshalb die Parteigenossen allerorts den bestehenden gewerkschaftlichen Organisationen sich anzuschließen, und wo solche nicht vorhanden sind, sie in's Leben zu rufen.“

Zubeil-Berlin bittet, auch die Organisationen der Arbeiterinnen zu stärken und sie, wo sie noch nicht bestehen, in's Leben zu rufen. Redner empfiehlt, einen entsprechenden Zusatz den Resolutionen einzufügen. Weiter tritt er für Centralorganisation ein. Er protestirt entschieden gegen die Ausführungen von **Lenz-Nemtscheidt**, als sei der Streik in Hamburg verloren gegangen, weil zu viel gefordert worden wäre.

Harburg-Potsdam: Die Waffe des Boykotts darf nicht zur Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz politischer Gegner benutzt werden.

Wille-Braunschweig: Nicht die Form, der Geist in der Organisation ist die Hauptsache. Falsch ist, was **Kloß** sagte, daß die Lokalorganisation kein Interesse daran habe, daß in anderen Städten Lokalorganisationen gegründet werden. Der einzelne Verein kann es zwar nicht veranlassen, wohl aber eine in öffentlicher Versammlung gewählte Agitationskommission. Die Form der Centralorganisation bietet dem Staatsanwalt viel mehr Angriffspunkte als die lokale. Die Verbindung, die Centralisation wird doch hergestellt durch die Gewerkschaftspresse. Ueberlasse man die Art der Organisation den einzelnen Gewerkschaften; Sorge man dafür, daß sich Jeder einer Organisation anschließt. Die Möglichkeit, politische Thematata auch nicht ausschließlich in den Gewerkschaften zu erörtern, möchten wir uns nicht gerne nehmen lassen.

Grillenberger: Die Darlegungen des Freundes **Kloß** war eingehend genug. Aus der Versammlung wurde so gut wie kein Widerspruch laut. Ich kann mich daher kurz fassen. Ueber die Form der gewerkschaftlichen Organisation ist viel geredet worden, obgleich diese Frage eigentlich nicht hierher gehörte: das wird Sache der Gewerkschaftskonferenz und des nächsten Gewerkschaftskongresses sein. Die ökonomischen Kämpfe werden — das ist meine feste Ueberzeugung — jetzt eine ganz andere Form annehmen. Seitdem das Sozialistengesetz gefallen ist, müssen sich die Unternehmer anders einrichten. Die Zeit ist vorbei, wo mit dem Sozialistengesetz Alles todt geschlagen wurde, was dem Philister die Ruhe störte. Und wo das Sozialistengesetz nicht ausreichte, wurde das Vereinsgesetz oder die bekannte Bestimmung über die Versicherungsgesellschaften gegen die Organisationen angewandt. Jetzt kann man nicht mehr mit einem polizeilichen Federstrich die Organisationen beseitigen. So beginnt das Unternehmertum centralisirte Verbände der ganzen Branche zu errichten, welche gegen die Arbeiter die Hungertur anwenden, um das Koalitionsrecht lahmzulegen. Fördern wir überall die Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen. Nehmen Sie die Resolution an, handeln Sie aber auch, wenn Sie nach Hause gekommen sind, darnach!

Die Resolution **Kloß-Grillenberger** wird einstimmig angenommen; sie lautet: „Der Parteitag erklärt: Unter den heutigen ökonomischen Verhältnissen und bei dem Bestreben der herrschenden Klassen, die politischen Rechte und die wirtschaftliche Lage der Arbeiter immer tiefer herab zu drücken, sind Streiks und auch Boykotts eine unumgängliche Waffe für die Arbeiterklasse: einmal um die auf ihre materielle oder politische Schädigung gerichteten Bestrebungen ihrer Gegner zurückzuweisen, dann aber auch, um ihre soziale und politische Lage nach Möglichkeit innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu verbessern. Da aber Streiks und Boykotts zweischneidige Waffen sind, die am unrechten Orte

oder zu unrechter Zeit angewendet, die Interessen der Arbeiterklasse mehr schädigen, als fördern können, empfiehlt der Parteitag den deutschen Arbeitern, sorgfältige Erwägung der Umstände, unter welchen sie von diesen Waffen Gebrauch machen wollen; insbesondere betrachtet es der Parteitag als eine zwingende Nothwendigkeit, daß die Arbeiterklasse zur Führung solcher Kämpfe sich gewerkschaftlich organisirt und zwar möglichst in centralisirten Verbänden, um sowohl durch die Wucht der Zahl, wie die Wucht der materiellen Mittel und nach sorgfältig getroffenen Erwägungen den beabsichtigten Zweck möglichst vollkommen erreichen zu können. Der Parteitag, von diesen Auffassungen ausgehend, empfiehlt allen Parteigenossen kräftige Unterstützung der gewerblichen Bestrebungen. Zugleich protestirt der Parteitag gegen die erneuten Versuche der Regierungen und der Unternehmerklasse, den in Deutschland vorhandenen Rest des Koalitionsrechtes durch die reaktionären Bestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung vollends zu vernichten und beauftragt die parlamentarischen Vertreter der Partei, diese Versuche mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen und dafür einzutreten, daß volle Koalitions- und Vereinigungsfreiheit, diese Grundlage für die Kämpfe der Arbeiterklasse zur Erreichung besserer Existenzbedingungen, erreicht werde.“

Gleichfalls wurde auch die von **Glocke-Berlin** vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen.

In Rücksicht darauf, daß die morgigen Verhandlungen sich weit ausdehnen werden und die Anträge aus der Mitte der Versammlung, die zur Verhandlung stehen, sehr zahlreich sind, ist der Kongreß mit dem Schluß der Sitzung einverstanden.

Sitzung vom 17. Oktober.

Der „Halle'sche Generalanzeiger“ sendet eine Zuschrift, in der die Behauptung von der geheimen Berathung aufrecht erhalten wird. **Singer** erklärt diese Behauptung abermals als eine Verleumdung.

Auer referirt zum neuen Organisationsentwurf. Er begründet die wesentlichen Veränderungen. Bei dem Absatz „Parteitag“ ist nicht mehr bestimmt, daß kein Wahlkreis mehr als drei Delegirte wählt. Es heißt: „In der Regel darf ein Wahlkreis nur drei Delegirte entsenden.“ Zum springenden Punkt „Parteileitung“ hat die Fraktion in der Kommission erklärt, sie bestrebe nicht auf dem Kontrollrecht. Die Parteileitung besteht aus zwei Vorsitzenden, zwei Schriftführern, einem Kassier und sieben Kontrolleuren. Die Parteileitung wird auf dem Parteitag durch Stimmzettel gewählt. Die Parteileitung verfügt nach eigenem Ermessen über vorhandene Gelder. Diese Bestimmung wurde notwendig in den Fall der Auflösung der Organisation, zur Deckung gegen das Gericht, um die Gefahr der Konfiskationen zu vermeiden. In der Kommission seien weder Sieger noch Besiegte gewesen. Der neue Entwurf wurde von allen 25 Mitgliedern einstimmig angenommen; das Plenum nahm mit allen gegen eine Stimme den Entwurf en bloc an.

Bebel schlägt folgende Höhe der Besoldung für die Vorstandsmitglieder vor: für die Schriftführer je 250 M., für den Kassier 150 M., für den Vorsitzenden 50 M. monatlich als Maximum. Die Centrale soll Berlin sein. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Als Parteileitung wird von der Kommission vorgeschlagen: **Gerisch-Berlin** und **Singer** als Vorsitzende, **Auer** und **Fischer** als Schriftführer, **Bebel** als Kassier, **Behrendt-Frankfurt a. D.**, **Dubber-Hamburg**, **Gwald-Brandenburg**, **Herbert-Stettin**, **Jacobey-Berlin**, **Kaden-Dresden** und **Schulz-Berlin** als Kontrolleure.

Gegen diese Liste sprechen **Joest-Mainz** und **Prinz-Frankfurt**, weil Süddeutschland, Bayern, Baden und Hessen nicht vertreten sei.

Frohme bittet die süddeutschen Wünsche zu berücksichtigen.

Joest schlägt als Vorstand vor: **Grillenberger-Nürnberg**, **Ged-Offenburg** und **Müller-Darmstadt**. Die Debatte wird lebhaft.

Vollmar erklärt, er selber habe in der Kommission für die ganze Liste gestimmt. Er bitte sie beizubehalten, sonst entstände ein Kirchthurmrennen. Die Ortswahl für den nächsten Parteitag wird dem künftigen Vorstand und der Fraktion überlassen. Eine ganze Reihe von Anträgen betr. Preßorganisation und Agitation in den Landgegenden wird dem neuen Parteivorstand zur Verhandlung übertragen. Der Antrag **Jöhlem** und Genossen geht dahin, die ländlichen Arbeiter und Dienenden der Gewerbeordnung zu unterstellen und die Gesindeordnungen aufzuheben. Der Antrag wird der Reichstagsfraktion und den sozialistischen Landtagsabgeordneten überwiesen.

Antrag **Reßler** und Genossen wünscht eine Untersuchungskommission betreffs der eisernen Maske und der Verdächtigungen wegen Polizeidienste im „Sozialdemokrat“.

Singer referirt und weist entschieden Namens der Parteileitung die Unterstellung zurück, als sei die „eiserne Maske“ aus persönlicher Rachsucht benutzt worden. Die Parteileitung will und darf die Frage nicht beantworten,

wer die „eiserne Maske“ sei. An der Antwort hätte die Polizei einzig ein Interesse. Sind Einzelne durch die „eiserne Maske“ verletzt worden, so sei das zu bedauern, aber das Parteinteresse steht höher als das Einzelner. Die Fraktion werde die nicht nennen, von denen sie Auskünfte erhalten habe, die unter dem Zeichen „eiserne Maske“ veröffentlicht wurden. Man geht über den Antrag **Reßler** zur Tagesordnung über.

Sitzung vom 18. Okt.

Stengele-Hamburg dankt Namens der Hamburger Genossen für die letzten Ehren, die Baumgärtner erwiesen wurden. Sämtliche Delegirte Berlins und der Umgebung, auch **Werner**, erklären in einer Zuschrift, daß sie auf dem Boden der Partei stehen bleiben, daß ihnen Spaltungsversuche von den Gegnern geflissentlich unterstellt werden. Das Recht freier Kritik nur wollen sie bewahren. Die Wahl der Parteileitung ist erfolgt. Es wurden 368 Stimmen abgegeben: **Singer** wurde Vorsitzender mit 368 Stimmen, **Gerisch** Vorsitzender mit 357; **Auer** mit 368 und **Fischer** mit 364 Stimmen wurden Schriftführer, **Bebel** Kassier mit 367 Stimmen. Kontrolleure sind **Dubber**, **Herbst**, **Gwald**, **Kaden**, **Jacobey**, **Schulz**, **Behrend**. Also ist die Kommissionsliste angenommen. Auf Antrag **Grillenberger's** wird **Liebknacht** einstimmig zum Chefredakteur des Centralblattes gewählt und gleichberechtigt mit der Parteileitung erklärt.

Der Antrag **Fell-Leipzig** verlangt das Eintreten der Fraktion für ein Vereins- und Versammlungsgesetz, das die Vereinsfreiheit vollständig wahren soll.

Blos und **Mollenbuhr** sprechen aus formellen Gründen dagegen. Die Parteileitung geht zur Tagesordnung über.

Eine Einladung ist eingegangen zu dem nächstjährigen internationalen Arbeiterkongreß in Brüssel.

Bremer und Genossen fordern die Fraktion auf, nach Kräften bei der Gesetzgebung dahin zu wirken, daß der Transport und die Unterbringung der Auswanderer scharf auch in hygienischer Beziehung überwacht werde.

Bebel erwidert, daß ein Gesetz bereits bestehe und Reichs-Kommissare über das Thema berichten; aber die Genossen in den Hafenstädten sollen Material sammeln, mit dem die Fraktion die Berichte der Reichskommissare kritisiren könne. — Der Antrag wird angenommen.

Die Hamburger Genossen beantragen, der Fraktion aufzugeben, eine Revision der deutschen Seemannsordnung zu fordern. Der Antrag wird angenommen.

Die Bauhener Genossen wollen die Fraktion verpflichten, alle selbstständigen Gesetzentwürfe vor Einbringung in den Reichstag der Begutachtung der Parteileitung vorzulegen. Man geht über den Antrag zur Tagesordnung über.

Dreesbach und Genossen stellen den Antrag: Der Parteitag empfiehlt den Genossen, überall, wo Erfolge auch nur propagandistischer Art in Aussicht stehen, Wahlagitation für den Reichstag, Landtag und die Gemeinde. Der Antrag wird angenommen.

Der **Marburger** Antrag, die Parteigenossen **Marburg's** in einer kräftigen Agitation gegen den Antisemitismus zu unterstützen, wird der Parteileitung überwiesen.

Liebknacht's Antrag, der Parteitag wolle den italienischen Arbeiterkongreß, der morgen zu Ravenna beginnt, begrüßen, wird einstimmig angenommen.

Ueber 300 Telegramme und Zuschriften sind dem Halle'schen Parteitage zugegangen.

Die **Danziger** Genossen beantragen, eine Parteibibliothek in Berlin zu gründen. Wird an die Parteileitung überwiesen.

Liebknacht beantragt: Der Kongreß bestimmt den 1. Mai dauernd als Feiertag; wenn der Arbeitsruhe am 1. Mai Hindernisse entgegenstehen, dann findet die öffentliche Feier am ersten Sonntag im Mai statt. Der Antrag wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Herbert und Genossen beantragen: Bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien sollen die Genossen sich der Abstimmung enthalten. **Joest-Mainz** ist dagegen, weil der Beschluß praktisch doch nicht durchzuführen wäre. Der Antrag wird abgelehnt.

Der Antrag **Bebel**, der Brüsseler Einladung zu folgen, wird einstimmig angenommen.

Die Sitzung wird vertagt, bis die **Neuner-Kommission** für den Fall **Werner** und die Berliner Streitigkeiten mit ihrem Bericht fertig wird.

Singer beantragt im Auftrage vieler Genossen: Der Parteitag erklärt die Mittheilungen der Kommission für ihn verbindlich und lehnt eine eingehende Erörterung ab. Mehrere Stimmen sind dagegen. **Singer** zieht seinen Vorschlag zurück.

Ged-Offenburg berichtet für die Kommission. Alle fünf Fragen sind mit Nein zu beantworten. In dreitägiger Verhandlung wurde das thatsächliche und rechtliche Material geprüft. Die Kommission beabsichtigte ursprünglich eine Befreiung **Werner's** aus der Partei. Zum Schluß aber einigte man sich dahin: **Werner** besitze weder die Fähigkeit

ber
ng
igen,
ff.
Uhr,
tion,
h.
ste
ll re.
71.
g.
inger
richt.
e Mit-
Voll-
geordn-
nd.
Danner
r Bei-
b freie
i. G.
das
Bestell-
c. 21,
Büh.
Neb-
biefen
äheres
ung,
u ver-
2a. b.
laufen
dition
2,2
er'sche
ne
g zu
St.

noch, das Tatgefühl, um in der Wahrung der Parteinteressen das Richtige abzuwägen. Werner's Anklage gegen Grillenberg, als den Angestellten des Druckers Wörlein in Nürnberg, sei grundlos. Das Geschäftsgebahren Wörlein's sei sehr zufriedenstellend. Werner dagegen entwickelt eine Praxis, die bis an die Grenze des Zulässigen gehe. Werner wollte auch neben der „Volkstribüne“ die Druckerei des „Volksblatt“ und des „Vereinsblatt“ an sich ziehen. Was den Verkehrs-almanach betrifft, so ist die Sache mindestens zweifelhaft; sie ist nicht ganz aufgeklärt. Werner's Vorgehen, er sei gemäßigert und gezwungen gewesen, sich um eine Stelle als Maschinenmeister in der Druckerei des „Volksblatt“ zu bewerben, ist unwahr. Seine drei-Mark-Klage ist unwahr. Daß er durch Zwischenpersonen bei der Fraktion und den Genossen verhebt worden, sei unwahr. Werner's Anklage, zwei Artikel im „Berliner Lokalanzeiger“ seien von Angestellten von Vading verfaßt, ist ungerecht. Diese Artikel hat Hamburger in Berlin geschrieben. Die Vernehmung Schippel hat ergeben, daß die Fraktion nicht gewaltsam gegen Schippel vorgegangen sei. Grillenberg hat die Berliner Genossen nie als Spizel bezeichnet, sondern gesagt, es gab einmal eine Zeit, wo unter drei Berliner Sozialisten ein Spizel war. Daß das einmal richtig war, bestätigen die Berliner Zeugen. Werner wird von den Freunden, die ihn jahrelang kennen, als ein guter Kerl hingestellt, dem nur oft der Kopf durchgehe. Werner vertheidigt sich, bringt aber nichts Neues mehr vor.

Pfannkuch giebt Aufklärung über Frohme's Aeußerung über Schippel. Frohme äußerte, wenn Schippel in Polizeidiensten stände, könnte er kaum geschickter schreiben, wie er thatächlich schreibe. Spizel habe er ihn nicht genannt.

Baake erklärt Namens des „Volksblatts“, Bamberger habe nicht entfernt jenen Einfluß, den Werner ihm beimesse, auf die Artikel gegen Schippel. Er habe auf das „Volksblatt“ nie eingewirkt.

Webel spricht gegen Werner's Hauptzeugen, gegen Colinstatz, der im Ausland eine Doppelrolle gegen die Partei gespielt habe. Webel würde sich schämen, wenn ein Einzelner wie Bamberger die Macht hätte, die Fraktion und die Berliner Genossen zu verheizen. Ein Theil der Berliner Genossen hat seit 10 Jahren stets eine Kontrolle über die Fraktion angestrebt. Bei diesen Versuchen ging man so weit, die Fraktion zu Schritten verleiten zu wollen, die eine Anklage wegen Geheimbündelei hätten veranlassen können. Schippel und Schmidt von der „Volkstribüne“ haben nach Webel's Informationen sich zufrieden gestellt. Werner's letzter Arbeitgeber hat diesen nicht gemäßigert, sondern Werner kündigte nach der Zeugenschaft dieses vertrauenswerthen Mannes freiwillig.

Schippel, dem die Chemnitzer Genossen eine Vertrauensresolution sandten, meint, man solle Werner nicht Steine nachwerfen. Werner habe nicht anständig gekämpft, aber die Folge des Ausnahmegesetzes seien solche Erscheinungen. Schließlich beklagt sich Schippel, wie man gegen ihn in der Fraktion vorging, aber Alles sei nunmehr begraben. Nach erregten persönlichen Bemerkungen wird das einstimmige Urtheil und der Bericht der Kommission mit allen gegen 24 Stimmen für gerechtfertigt erklärt.

Loelke, stürmisch begrüßt, spricht von seinen Strafen. Er habe Kaiser Friedrich's Amnestie angenommen, weil er nicht mehr lange im Gefängniß hätte leben können. Früher einer der stärksten Männer Deutschlands, sei er jetzt gebrochen. Der Verlauf des Parteitages sei erhebend für ihn, und wenn er den nächsten Kongreß nicht mehr erlebe, sterbe er getropft. Schließlich dankt er den Delegirten.

Singer in einem Schlußwort dankt den Kommissionen, insbesondere den Halle'schen Genossen. Singer fährt fort: Die Hoffnungen der gegnerischen Presse seien zerplittert. Trotz mancher Unerquicklichkeit sei die Einmüthigkeit zu elementarem Ausdruck gelangt. Die Delegirten von der Opposition haben sich schließlich einstimmig für die Parteinheit erklärt. Sie sind die Alten, Braven und Treuen. Die rothe Fahne darf jetzt in Deutschland flattern. Hoch die Sozialdemokratie! Braufende Hochrufe ertönten, darauf ward die Arbeiter-Marxellaise gesungen.

Mit dieser Sitzung schließt der Parteitag seine Thätigkeit. Mögen die heimkehrenden Genossen nun auch für eine rege Agitation in ihren Kreisen sorgen.

Sozialpolitische Rundschau.

Maisfeier. Auf dem Halle'schen Kongreß ist folgender Antrag gestellt worden:

Antrag.

Der Kongreß beschließt:

„Der 1. Mai ist dauernd ein Feiertag der Arbeiter, der, entsprechend dem Beschluß des internationalen Pariser Arbeiterkongresses, den Einrichtungen und Verhältnissen des Landes gemäß zu begehen ist. Wenn sich der Arbeitsruhe an diesem Tage Hindernisse in den Weg stellen, so haben die Umzüge, Feste im Freien u. s. w. am 1. Sonntag im Mai stattzufinden.“

W. Liebtnecht.

Ein jammervolles Klagegedicht über das Erlöschen des Sozialistengesetzes stimmen die erzartelstischen „Grenzboten“ an. Es heißt in dem kläglichen Gemwiesel: „Die nächste Folge dieser Aenderung bewegt sich in zwei Richtungen. Der Muth der Sozialdemokratie ist in hohem Maße gestiegen. „Seht,“ rufen die Führer ihren Anhängern zu, „das haben wir schon erreicht, daß man nicht mehr wagt, unsere Lehre zu unterdrücken! Nun dürfen wir wieder frei arbeiten und Alles für den großen Tag vorbereiten, wo die Bourgeoisie fallen muß!“ In gleichem Maße aber, wie der Muth der Sozialdemokratie gewachsen ist, ist Entmuthigung in den Reihen der ruhigen Bürger eingetreten. „Was soll aus der Sache werden, wenn der Staat in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie zurückweicht?“ So fragen, wenn auch nur im Stillen, unzählige Vaterlandsfreunde. Vergebens suchen Diejenigen, die aus politischer Verblendung oder auch vielleicht nur aus Haß gegen die damaligen Träger der Regierung das Sozialisten-

gesetz bekämpften, mit allerhand Trostgründen die weitverbreitete Empfindung zu dämpfen. Sie besteht und läßt sich nicht hinwegleugnen. Man sagt, es sei ein Unglück gewesen, daß durch das Sozialistengesetz die Bürger sich in eine falsche Sicherheit hätten einwiegen lassen. Das mag in gewissem Sinne richtig sein. Aber Deutschland hat sich doch bei dieser Verhütung nicht schlecht gestanden. Und jedenfalls ist es eine seltsame Heilmethode, wenn man, um Jemandem das Bewußtsein der Gefahr beizubringen, die Gefahr selbst steigert. Nun sagt man freilich, die Bürger sollen jetzt den Kampf gegen die Sozialdemokratie selbst aufnehmen und dadurch die Gefahr abwenden. Was sollen denn die Bürger thun, um den Kampf zu führen? Sollen sie Broschüren und Zeitungsartikel schreiben, die doch nicht gelesen werden? Oder sollen sie in sozialdemokratische Versammlungen gehen und Gegenreden halten, um bei den ersten Worten hinausgeworfen zu werden? Durch die Kulturarbeit von Jahrhunderten glaubte man es dahin gebracht zu haben, daß den Schutz gegen Rohheit und Bestialität der Staat in die Hand nehme und nicht seine Bürger auf den bloßen Selbstschutz verweise. Mit einer so wüsten Agitation, wie der sozialdemokratischen, kann der ruhige und vor Allem der gebildete Mann nimmer in Konfurrenz treten.“ Diese absolute Hilflosigkeit macht einen wirklich erschütternden Eindruck. Und diese hilflosen Wesen machen Anspruch darauf, als „Deutschland“ zu gelten, das sich „bei dieser Verhütung nicht schlecht gestanden“ hat. Weil sie u n s f ä h i g sind, den „Kampf gegen die Sozialdemokratie“ aufzunehmen, weil ihre geistige Impotenz sie hindert, auch nur den Versuch zu machen, den wissenschaftlichen Theorien des Sozialismus mit Gründen zu begegnen, deshalb reden sie von einer „wüsten Agitation“, um einen Vorwand zu haben, dem geistigen Streite auszuweichen, deshalb beschimpfen sie den Gegner, statt den Versuch zu wagen, ihn zu widerlegen. Niemals hat sich das deutsche „Bürgerthum“ ein bezeichnenderes Zeugniß des eigenen geistigen Niederganges ausgestellt.

Gegen die Zurückberufung der Jesuiten zernern die Nationalliberalen. Das ist sehr unklug von diesen Vertretern der Großindustrie. Auf dem Lütticher Sozialistenkongreß waren es gerade Jesuiten, welche mit größtem Eifer gegen die Fabrikgesetzgebung sich aussprachen. Die deutschen Gentlemen thaten also gut daran, die Rückkehr der Herren mit den eigenartig geformten Hütlein nach Deutschland auf's Jüngste zu wünschen und auf's Energischste zu fördern. Die Jesuiten als Prediger gegen den Arbeiterschutz, als Sendboten gegen die Sozialdemokraten sind gar nicht zu verachten. Wir hoffen, daß das Ausnahmegesetz gegen den Jesuitenorden, das unsere Partei stets entschieden bekämpft hat, schleunigst wird aufgehoben werden. Die schlotternde Angst der „gebildeten“ Bourgeoisie vor den Jesuiten empfinden wir nicht; diese und andere Gegner werden wir uns vom Leibe zu halten wissen.

Die beim deutschen Michel arg in Mißkredit gerathenen Centrumsmänner regen sich wieder. Der zweite ultramontane Häuptling v. Schorlemer-Alst hat Namens des Vorstandes des Westfälischen Bauern-Vereins an alle Mitglieder desselben folgende „Mahnung“ geschickt: „Die Führer der Sozialdemokratie haben neuerdings wiederholt erklärt, in nächster Zeit vorwiegend ihre Thätigkeit dahin zu richten, die ländliche Bevölkerung für ihre verderblichen Ziele zu gewinnen. Damit wird uns ein schon länger voraussehender Kampf aufgedrungen, den wir als Christen, als treue Unterthanen, in Vertbeidigung des Grundbesitzes, der Familie und der gesellschaftlichen Ordnung aufnehmen müssen und wollen. Die Sozialdemokratie verweist das Christenthum, die christliche Familie, das Eigenthum; sie erstrebt den Umsturz des Thrones und der Monarchie, um ihre Ziele zu verwirklichen und erhofft den Sieg, wenn es ihr gelingt, auch die ländliche Bevölkerung in ihre Netze zu ziehen. Ohne Furcht, festen Auges wollen wir der drohenden Gefahr entgegenreten, die zu überschätzen unmännlich, die zu unterschätzen straflicher Leichtsinns wäre. Ist auch und bleibt das, was die Sozialdemokratie erstrebt, unausführbar, so kann und wird doch ein auch nur theilweiser Sieg derselben unendliches Unheil, Glend, Blut und Thränen über das Vaterland bringen und an die Stelle der heutigen Ordnung eine Welt von Trümmern und Ruinen setzen. Der „Westf. Bauer“ wird in einer nächsten Nummer die schlechten Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie, insbesondere mit Rücksicht auf die dem Grundbesitze, der Erhaltung unserer Höfe, seitens derselben drohenden Gefahren näher darlegen. Aber schon heute richten wir an alle unsere Mitglieder, insbesondere an die Vorstande- und Ausschlußmitglieder die Bitte, die angekündigte Agitation der Sozialdemokraten in den ländlichen Bezirken im Auge zu behalten, und wo sich dieselbe geheim oder öffentlich zeigt und geltend macht, gleich darüber an uns zu berichten, damit wir rechtzeitig entgegenwirken können.“ Dieser Laufbrief wird den Klerikalen nichts nützen. Das Landproletariat, das sich uns bereits zuzuwenden beginnt, gehört uns, und die wirtschaftliche Entwicklung im Bunde mit der Klassenpolitik wird auch das Kleinbauernthum unter unsere Fahnen führen. Die ländliche Bevölkerung wird durch systematische Agitation aufgeklärt und ausgerüstet werden, und wenn die Schorlemer und Genossen noch so sehr sich dagegen wehren mögen.

Offenbarung. Wir wissen gar nicht, wie glücklich und begeistert wir gewesen sind. Ein großer Dichter aber ist erstanden, um es dem staunenden Volke zu verkünden. Also erschallet der Ton seiner Rede: „Wenn die deutsche Volksvertretung wieder in die Lage kommt, sich mit der Gewerbeordnungs-Novelle zu beschäftigen, werden Regierung und Reichstag sich einer erheblich veränderten politischen Situation sich gegenübersehen. Jene begeisterte und idealistische Stimmung, welche mit ihrem Glanz und Schwung die Flitterwachen des neuen Regiments verschönte, ist verfliegen; geblieben aber ist glücklicherweise der entschlossene Wille, ernstlich sozialpolitisch zu wirken.“ Damals im Frühjahre wülbte sich ein ewig blauer Himmel über Regierung

und Parlament, eine Aera des Friedens und der Versöhnung schien angebrochen, all' der thörichte Haß, der sich um den gewaltigen Begründer des Deutschen Reiches angeammelt hatte, verlor seine politische Bedeutung, und konnte sich in widerwärtiger Gehässigkeit austoben, welche den deutschen Patrioten freilich die Frage aufdrängte, ob ein anständiger Mensch sich nachgerade nicht schämen müsse, ein Deutscher zu sein. Manchen redlichen Mann aber beglückte der selige Traum, daß nunmehr alle Parteien ohne Haß gemeinsam mit der Regierung an dem Wohle des Vaterlandes arbeiten würden und daß die Reformbestrebungen der Regierung von allen Seiten unterstützt werden würden. Es war die Zeit der sozialpolitischen Hochfluth, mit tausend Masten strebte das stolze Gesetzgebungsschiff hinaus auf das uferlose Meer einer Sozialpolitik, in dem die verschiedensten Denkrichtungen von den agrarischen Reaktionen bis zu den republikanischen Vorlesepulanten einen Einigungspunkt gefunden zu haben schienen. Sozusagen mit sozialpolitischen Hurrahrufen stürmte die Reichstagskommission über die Gewerbeordnungs-Novelle vorwärts, und im Handumdrehen war die Regierungsvorlage, soweit die Kommissionsarbeit reichte, nach der Seite einer extremen Sozialpolitik hin bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet. Die warnenden Rufe der „Kölnischen Zeitung“ klangen fast wie ein störender Miston in diese rührselige Feiertagsstimmung hinein. Inzwischen ist mit tiefergehender Pflugschar die Gegenagitation durch die deutschen Lande gegangen. ... Man hat kurzum sehr viel Wasser in den sozialpolitischen Feuerweim gegossen. Nicht als wenn im deutschen Bürgerthum die hochherzige Opferwilligkeit (!) ausgestorben wäre, welche seit Jahrzehnten so manche rühmliche That der praktischen und freiwilligen Arbeiterfürsorge gezeitigt hat; nicht als wenn das Herz der gebildeten und besitzenden Klassen sich selbstsüchtig und kurz-sichtig zusammengezogen hätte. Nichts könnte der Wirklichkeit weniger entsprechen, als eine solche Vorstellung.“ So gebichtet im Jahre des Heils 1890, am Todtenbette des Sozialistengesetzes, in jenem Prophetenbette, das man in dem profaischen Alltagsleben sonst „Kölnische Zeitung“ zu nennen pflegt.

Die Nationalliberalen empfinden heiße Sehnsucht nach Zwangsgeetzen. Der frühere Abgeordnete Professor Meyer hat in einer Versammlung in Mosbach sich wie folgt geäußert: „Das Aufheben des Sozialistengesetzes war notwendig; die Ausweisungsbefugniß war ein Mißgriff. Die Ausgewiesenen haben die sozialistischen Ideen vielfach in Gegenden gebracht, wo sie früher nicht vorhanden waren. Wir stehen jetzt vor einer Probe, es ist jedoch zu bezweifeln, ob es auf die Dauer ohne besondere Vorkehrungen gehen wird, wenn dieselben auch nicht gerade die Form eines Sozialistengesetzes anzunehmen brauchen; man kann an ein „Preßgesetz“, an ein Reichs-Vereinsgesetz u. s. w. denken.“ Ein Reichs-Vereinsgesetz wollen wir auch; da haben wir ja ganz unerwartet Bundesgenossen bekommen. Wenn sich dann nur auch die „Anfichten“ der Herren Staatsanwälte nach den „einheitlichen“ Gesetzen richten würden und nicht in Karlsruhe verboten oder konfiszieren, was in München als erlaubt angesehen wird. Aber diese Herren stellen sich gewöhnlich über das Gesetz.

„Michel, halt die Taschen zu!“ Trotz allen offiziellen Ablehnungsversuchen sieht es doch bereits fest, daß für Heereszwecke beträchtliche Mehrforderungen im Militäretat erscheinen werden. Für Landarmee und Marine, für neues Pulver u. s. w. sollen über zwanzig Millionen Mark gefordert werden. Sogar die „National-Zeitung“ sieht sich zu der sanften Warnung veranlaßt: „Angeichts der finanziellen Lage ist das dringende Verlangen berechtigt, daß alle nicht sachlich unbedingt gebotenen Verwendungen für Heer und Marine vermieden werden.“ Was die Nationalliberalen nicht hindern wird, mit unendlicher Ergebenheit unzufallen, wenn's so verlangt wird.

Berlin. Gestern Abend fand im 4. Wahlkreis eine etwa 700 Personen starke sozialdemokratische Versammlung statt. Die Opposition der „Jungen“ hatte die Mehrheit und verhandelte trotz der lebhaften Proteste der etwa 100 Mann starken Minderheit über das Auftreten der Berliner Delegirten in Halle. Es wurde beschlossen, dem Hallenser Delegirten Berndt das Mandat zu entziehen und eine Volksversammlung zu berufen.

Der sächsische Justizminister von Abeken, der neunzehn Jahre das Portefeuille befehlen hat, ist gestorben. Er war ein Orrektionär, unter dessen Ministerium die unendliche Reihe politischer Prozesse gegen die Sozialdemokratie ins Werk gesetzt worden ist.

Halle. Der verlorbene Delegirte Baumgartner wurde am Donnerstag eingeargt. Der ganze Parteitag gab ihm das Geleite zum Bahnhof. Die Sitzung wurde deshalb vertagt.

Aufgepaßt! Wie uns von glaubwürdiger Seite mitgetheilt wird, befindet sich der aus den Genfer Spizel-Affären bekannte Spizel R. Haupt wieder auf deutschem Boden, hat sich neulich in den Fachverein der Former aufgenommen lassen und geht auf der Reise die verwandten Vereine um Unterstützung an. Derselbe vermag sich über seinen Aufenthalt in den Jahren 1884-1887 nicht auszuweisen, und ersuchen wir unsere Genossen, diesem Schurken überall, wo er sich zeigt, die Thüre zu weisen.

Vom braven Bismarck versendet heute der ar-Reporter einen rührseligen Bericht. Man erfährt da, wie er aussieht, was er in Barzin treibt und allerhand rührende Sächelchen. Zur Probe theilen wir einige davon mit. In der vorigen Woche am Mittwoch traf er einen Schneider beim Kartoffelsammeln und knüpfte mit ihm ein Gespräch an. Als der Schneider meinte: „Gut sind die Kartoffeln wohl, aber es gibt nicht so viele wie im vorigen Jahre,“ da bemerkte der Fürst: „Ja, ich bekomme diesmal auch nur die Hälfte!“ Am Donnerstag war er nach den Fabriken geritten und sah unterwegs in einem Hause ein großes Feuer brennen. Der Fürst ritt heran und fragte die Frau nach der Ursache. Es wurde Brod gebacken. Er erkundigte sich alsbald nach dem Umfang ihrer Familie, und wie er

seinen Dienst thun, wie als wenn nichts vorgefallen wäre. Zu Hause eine todte Frau, ein neugeborenes Kind und der Mann muß seinem militärischen Dienst Genüge leisten!!!

In Schwesingen hat sich ein junger Mann erhängt, weil er einem Mitarbeiter 7 Mark entwendet hatte und ihm die Furcht vor Strafe und die daraus zu erfolgende Schande keine Ruhe mehr ließen.

In Thiengen wurde Gemeinderath Schuhmacher nahezu einstimmig zum Bürgermeister gewählt.

Letzten Donnerstag spielte der 12jährige Sohn des Guttmachers Thorenjen in Acheru mit einem mit Schrot geladenen Gewehr, wobei letzteres losging und den 13jähr. Bruder des Knaben derart in den Rücken traf, daß an dem Aufkommen gezweifelt wird.

Bei der am 11. ds. in Mauer stattgehabten Bürgerauswahl wurden in allen 3 Klassen nur Kandidaten der Liberalen gewählt. Die Ultramontanen hatten sich bei der Wahl nur ganz schwach betheiligt.

Vermischtes.

Zum Kapitel der Ferienkolonien wird dem „Neuen Altboden“ aus Blaubeuren gemeldet: „Gestern hatten auch wir Einquartierung von zwei Eskadronen Ludwigsburger Dragoner. Da konnten wir uns die „Ferienkolonien“ des Generals Vogel v. Falkenstein auch in der Nähe betrachten. Beim Appell schlug ein Unteroffizier einen Dragoner sechs Mal nacheinander mit der Hand in's Gesicht; die Leute hatten, so lange es Tag war, keine freie Minute, kaum Zeit zum Essen, und Abends nach 6 Uhr, als es schon Nacht wurde, mußten sie nochmals komplett antreten.“ — Ein Soldat des in Münster stehenden 13. Infanterie-Regiments, der vor mehreren Monaten wegen eines geringfügigen Dienstvergehens in nicht näher zu bezeichnender schieflicher Weise mißhandelt worden war, ist nach qualvollem Siechtum am 11. Oktober im Garnisons-Lazareth gestorben. Der Unteroffizier, der die Mißhandlung sich hatte zu Schulden kommen lassen, ist von dem Kriegsgerichte zu 3 Jahren Gefängnis verurtheilt worden.

Aus der Frankfurter Rhein-Chronik. Vierzehn Tage sind verfloßen, seit geendet hat der „Kleine“, — Und noch keine Schreckensthat hat sich ereignet hier am Main. — Just ein halber Mond verstrich schon, seid die Sozialisten frei sind, — Und wir fühlen fast verwundert, daß wir ganz fidel dabei sind. — Noch besteht die alte Ordnung, die Gesellschaft und der Staat — Und es kam noch keine Kunde, daß geplant ein Attentat. — Ruhig geht zu seinem Werke jeder Bürger, Tag für Tag, — Ohne Sorgen, daß sich plötzlich Schreckliches ereignen mag. — Ruhig legt man sich zu Bette, ohne Angst, daß in der Nacht, — Man infolge einer kleinen Revolution erwacht. — Doch am besten zweifelsohne, hat's dabei die Polizei, — Denn seit das Gesetz gefallen, hat sie manche Stunde frei. — Statt den Staat und die Gesellschaft, so zu retten alle Tage, — Kann das „Auge des Gesetzes“ schlummern sonder Sorg' und Plage. — Und statt fürder zu verhindern schlimme Sozialistenthaten, — Darf der Wächter nun in Zukunft, voller Seelenruhe statten; — Darf beim Biere ruhig weilen, wie die andern alle, — Und er braucht sich nicht zu kümmern, um den Marx und den Lassalle. — So sind Alle, Alle glücklich, so sind Alle denn zufrieden, — daß ein End' dem Ausnahm'zustand, dem verwünschten, ward beschieden.

Neueste Nachrichten.

Hamburg, 19. Okt. Die Verdrigung des Genossen Baumgarten findet heute Montag Nachmittags 2 Uhr in Hamburg statt.

Kiel, 19. Okt. Um 11 Uhr wurde das Hochwasser-signal gegeben; ein Theil des Bollwerkes ist überfluthet.

Wien, 19. Okt. Auf allen Strecken ist heute der Tramway-Verkehr eingestellt. Um Ruhestörungen hintanzuhalten, gestattete die Direktion auch jenen Kutschern und Kondukturen, welche in einzelnen Remisen den Dienst antreten wollten, nicht einzuspannen. Die Remisen sind von Wachen besetzt. Bisher ist keine Ruhestörung vorgekommen. Die Bevölkerung vermisst angeichts des prächtigen Sonntagswetters schwer die Benutzung der Pferdebahn.

Paris, 18. Okt. Nach hier eingegangenen Nachrichten aus Santiago de Chile hat das dortige Ministerium infolge eines Konflikts mit der Kammer seine Demission gegeben.

Brüssel, 19. Okt. Die heutigen Gemeindevahlen vollzogen sich nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen in Ruhe. Sie bedeuten einen Sieg der liberalen Partei, die in Antwerpen mit der großen Mehrheit von 2000, in Gent von 1000 die Majorität schlug.

Rom, 19. Okt. Seit gestern früh ist der Aetna wieder in Thätigkeit. Dem Centralkegel entströmen ungeheure Rauchsäulen. Auf der Seite von Giarre fand ein Erdbeben mit Aschenregen statt.

Petersburg, 19. Okt. Im Finanzministerium ist ein besonderer Ausschuss betreffs Bearbeitung der Frage über Einführung des Normalarbeitstages niedergesetzt worden.

Petersburg, 18. Okt. Nach der Petersburger „Sija Wjedomosti“ hat das Kriegsministerium umfassende Vändereien im Südwesten des Reiches erworben, um deren Produkte für die Verpflegung der Armee zu verwenden. Auf einem der Landgüter sollen großartige Mühlen, Bäckereien und eine Konervenfabrik angelegt werden.

Großh. Hoftheater.

Dienstag den 21. Okt. 13. Vorst. außer Abonnement. Zum ersten Male: **Legende von der heiligen Elisabeth** von Franz Liszt. Scenisch dargestellt in 2 Theilen und 7 Bildern. Anfang halb 7 Uhr.

Standesbuch-Auszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote:
15. Okt. Johann Nuß von Einheim, Metallbreher hier, mit Anna Fritsch von Weitenung. Adam Mullenbacher von Pöfelfach, Steinrichter in Ettlingen, mit Marie Hedderben von Northeim. Anton Rothstein von Breifach, Sattler hier, mit Barbara Bester von Binden. Wilhelm Kerber von Oberdiebach, Schuhmacher hier, mit Maria Kauber von Waldmatt. 16. Okt. Ludwig Dast von Gondelsheim, Tagelöhner hier, mit Pauline Bägele von Ettlingen. Johann Schiele von Borsdorf, Bierbrauer hier, mit Elisabeth Pfeifer von Heidelberg. Hermann Schuder von Hagsfeld, Eisendreher hier, mit Karolina Raz von Durlach. Wilhelm Berner von Frankenhäusern, Weißgerber hier, mit Klara Stetter von Bretten. Friedrich Karzer von Welschnenreuth, Branntwein-fabrikant hier, mit Emma Kleinhaus von Leopoldshafen.

Geburten:
7. Okt. Anna Frieda und Elsa Magdalena, Zwillinge, Vater Sebastian Josp, Schreiner. — 8. Okt. Meta Katharina Barbara, Vater Ludwig Wilhelm, Glaser. Karl Viktor, Vater Karl Oster, Schreiner. — 9. Okt. Dstar, Vater Hermann Ulmer, Schneider. Elsa Luise, Vater Fridolin Herrmann, Schlosser. Camilla Eva Franziska, Vater Camil Sindel, Versicherungs-Inspektor. — 10. Okt. Karl Friedrich, Vater Chr. Schäfer, Zimmermann. Maria Augusta, Vater Anton Grünmer, Schlosser. Karl Friedrich August, Vater Ludwig Emil Beit, Kaufmann. — 11. Okt. Lina, Vater Anton Striebig, Bremser. — 12. Okt. Jda Hilba, Vater Pius Fuchs, Heizer. Gustav Wilhelm, Vater Philipp Schapberger, Bierführer. Paula Antonie Jenny, Vater Dr. Alfred Neisch, prakt. Arzt. Willi Johann, Vater Christian Gabriel Meyer, Briefträger. Pauline Hedwig, Vater Karl Theobald Jod, Lackier. Karl Otto, Vater Otto Rabolt, Wagner. — 13. Okt. Elise, Vater Josef Anselm, Linder. Erwin Friedrich, Vater Karl Frey, Steinhauemeister. Marie Karoline Wilhelmine, Vater Wilhelm Schrein, Sergeant. — 14. Okt. Robert Albert, Vater Benjamin Streibich, Birth. — 15. Okt. Josef, Vater Berthold Weidenmann, Schlosser.

Todesfälle:
10. Okt. Magnus Weber, Mechaniker, ein Ehemann, alt 34 Jahre. Agnes Schaller, alt 34 Jahre, Ehefrau des Schreinermeisters Philipp Schaller. — Georg Heupel, Installateur, ein Ehemann, alt 36 Jahre.

Marie Martin, Näherin, ledig, alt 47 Jahre. — 12. Okt. Wilhelm Sauer, alt 57 Jahre, Ehefrau des Lokomotivführers Karl Sauer. — 13. Okt. August Fudickar, Kaufmann, Wittwer, alt 60 Jahre. Richard, alt 1 Monat 4 Tage, Vater Eduard Kälin, Oberingenieur. Otto, alt 1 Jahr 5 Monat 6 Tage, Vater f. Jakob Schübhaber, Diener. — 14. Okt. Andreas Hedner, Schreiner, Wittwer, alt 69 Jahre. Friederike Kasper, alt 53 Jahre, Ehefrau des Wirths Aug. Kasper. — 15. Okt. Sophie Schöffler, 72 Jahre alt, Wittve des Fabrikarbeiters Karl Schöffler. Josef Langenbach, Hauptlehrer, Ehemann, 71 Jahre alt. Marie Vollrath, 61 Jahre alt, Ehefrau des Privatmanns Karl Vollrath. Friedrich Klee, Schaffner, Ehemann, 42 Jahre alt. — 16. Okt. Franziska Esenhans, Privatier, ledig, 72 Jahre alt.

Literarisches.

Von der „Neue Zeit“, Revue des geistigen und öffentlichen Lebens. Verlag von J. H. W. Dietz in Stuttgart, ist soeben das dritte Heft erschienen und entnehmen wir aus dem Inhalt deselben folgendes: Aus der Naturgeschichte der Edelstein und Besten. Von H. Mügg. — Herr Sartorius von Waltershausen über den modernen Sozialismus in den Vereinigten Staaten von America. — Für und wider den Alkoholismus. Von Dr. Max Bulo. — Literarische Rundschau: Dr. Morgenstern, Die fürther Metallschlägerei. M. A. von Stern, Höhenrauch. — Notizen. — Feuilleton: Später, Soziale Studie von Mina Kautsky. (Fortf.) — Die Schwelle. Von J. S. Turgenjew.

Sprechsaal.

Schon lange wollten wir die Arbeiter und Arbeiterfreunde auf die Hutbazare und Schleudergeschäfte aufmerksam machen, welche so recht die indirekten Bedrücker der Arbeiter und Guttmacher sind, die durch ihre Neklame und wie auch nicht unbedeutend, oft durch sehr marktfeiereische Annoncen das Publikum täuschen und oft genug mit und ohne Willen mit dem schlechtesten Fabrikat bedienen, den ehrlichen Geschäftsmann zu verdrängen suchen. Diese sogenannten „Hutzeuge“, die heute da, morgen dort ein Geschäft eröffnen, unter großen, manchmal erlogenen Firmen, kaufen nur, was billig ist, nach guter Waaren fragen sie nicht, es ist auch nicht möglich, gute Waare um den Preis, den diese Industriemänner zahlen wollen, zu beschaffen. Jeder Arbeiter der Hutbranche weiß es, daß diese Art Händler ein Krebsgeschwür der Branche sind, denn durch immerwährendes Drängen nach billiger Waare bestimmen und zwingen sie die Fabrikanten, daß sie ihren Arbeitern Lohnabzüge machen müssen, um diesen Herren — die Waare zum verlangten Preis liefern zu können. Die Konkurrenz will dann auch nicht zurückbleiben und die Folge davon ist, daß durch solche Geschäftsmanieren der Arbeiter schwer geschädigt wird, ebenso der reelle Geschäftsmann. Mancher Fabrikant, der für solche Bazars, Händler und Schleudergeschäfte geliefert hat, ist schon dadurch bankrott geworden, und mit welcher gemüthlichen Gefühlen reelle Fabrikanten derartige Geschäftsleute bei Anfragen nach Waaren behandeln, ist genugsam bekannt; denn Fabrikant, Detailleur und Arbeiter der Hutbranche sind darin einig, daß bessere Verhältnisse in der Branche nur dann eintreten werden, wenn diesen unrelle Geschäftsmanieren entgegengetreten wird. Dieses nun bezweckt die Arbeiter-Kontrollmarke der deutschen Guttmacher. Diese Marke bekommt jeder Fabrikant zum Einleben in sein Fabrikat, der seine Arbeiter anständig bezahlt, sie nicht durch übermäßige Arbeitszeit ausbeutet und dieselben menschenwürdig behandelt. Natürlich kann ein solcher Fabrikant nicht Lieferant von Schleudergeschäften, Hutbazaren und Hutzeugen sein, und wird auch für sein gutes und reelles Fabrikat auf diese Geschäfte verzichten. Schleudergeschäfte und Hutbazare erhalten daher in Folge dessen keine Kontrollmarke, darum ihr Jörn und ihr Mumpst. Denn Mumpst ist's, wenn man bestes Fabrikat und seine Hüte in den feinsten Farben um 2 Mark 50 Pfg. zum Kaufe ausruft. Dieses billige Zeug und die Ausschusswaaren, die die Hutbazare, Schleuderer und Hutzeuger zusammenlaufen, kann man überall um gleichen, oft noch billigeren Preis kaufen, nur wird kein reeller Fachmann mit seinem Namen dafür garantiren, daß aber in Fabriken, wo anständige Löhne bezahlt, und Arbeiter beschäftigt sind, die ihre Geschäft gelernt haben und verstehen, bessere Garantie für gute Waare geboten ist, als von solchen Fabriken, wo nur darauf losgeschuftet wird, billig und wieder billig zu fabriziren, und welche nebenbei bemerkt auch die Lieferanten dieser Hutbazare sind, wird Jedermann erklärlich finden. Euch Arbeiter und Arbeiterfreunde eruchen wir, uns durch Kauf von Kontrollmarken Hüte, die in jedem besseren Hutgeschäft, nur nicht bei Hutbazaren und Schleudrern zu haben sind, auch für die Folge zu unterstützen, vergeßt nicht, wenn Ihr bei Schleudrern kauft, daß Ihr mitheißt Eure Hüde zu bedrüden. Die Mitglieder des Vereins der deutschen Guttmacher. (Alle Arbeiterfreundlichen Blätter werden um Nachdruck dieses Artikels erucht.)

Für die Redaktion verantwortlich: Philipp Teufel in Karlsruhe. Druck von E. Mayer, Karlsruhe.

Öffentliche Arbeiter-Versammlung

Montag den 20. ds., Abends 8 Uhr, in der Restauration Kasper, Schützenstraße 58.

Thema:

Die Organisation der Gewerkschaften nach Ablauf des Sozialistengesetzes. Referent: **François Martin** aus Basel.

Der Einberufer: **Philipp Teufel**.

Die Inhaber von Petitionsbogen

werden erucht, dieselben am nächsten Mittwoch an den Vorstand des Wahlvereins abzugeben.

Verein für volksthümliche Wahlen Karlsruhe.

Mittwoch den 22. Oktober, Abends halb 9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Saale des Hrn. Kasper, Schützenstraße 58. 220.2.1

Tagesordnung: 1. Einzahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Regelung der Partei-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Geschäfts-Empfehlung.

Freunden und Parteigenossen bringe ich mein Geschäft in empfehlende Erinnerung unter Zusicherung reeller Bedienung.

Garantie für guten Sitz. — Billige Preise.

N. Merkel, Kleidermacher,

156)2.2

28 Adlerstraße 28.

Zur Saxonia

52 Lessingstrasse 52.

Alte und auch junge Sachsen Groß und klein gemachsen Ladet hiermit freundlichst ein; Freunde, Nachbarn, Alle hier kommt jeden Dienstag doch zu mir, Da geschlachtet wird ein fettes Schwein, So ladet zum Besuch recht freundlich ein **G. Bräuer.**

225*

Gut holl. Javakaffee,

mit Zusatz, kräftig u. reinschmeckend, gar, à Pfd. 80 Pf., Postpakete 9 Pfd. M. 7.20 versendet zollfrei unter Nachnahme. Beglaub. Anerk. auf Wunsch zu Diensten. 211.10.1 **Wilh. Schultz, Altona** bei Hamburg.

An- u. Verkauf getragener Schuhe und Stiefeln

von **Karl Würzburger,** Schuhmacher. 62 No. 32 Fasanenstrasse No. 32.

Arbeiter-

Kleider, Ueberzieher, Stiefel, Hemden und Koffer enorm billig bei **137 E. Lämmle, Kaiserstr. 101.**

Restauration M. Lutz

Durlacherstrasse 83

Jeden Donnerstag Schlachttag.

Täglich ausgezeichneten Stoff Kammerer's 142

Export-Lagerbier.

Kegelbahn u. Billard. Gute Bedienung.

Fünf echte Silber-Mopse

sind zu verkaufen bei **Fr. Steiner Wwe., Durlacherthorstr. 91, 4. St.**

Eine Schlafstelle ist an einen soliden Arbeiter sofort zu vermieten. Wielandstr. 28, Hinhö. 2 St. 178

Zu vermieten eine Schlafstelle. Zu erfragen **Werberstraße 70.**

Achtung!

Mit wenigen Regeln und 40 Schriftzeichen schreiben selbst Damen u. Schüler nunmehr über 300 Silben per Minute; überreichen gewöhnliche Schrift um das zehnfache. **Stenographie** um 33 1/2% an Kürze. Die preuß. Lehrerzeitung schreibt: „Sie wird den Sieg davontragen.“

Schnell-Stenographie!

wer eine Schnellschrift lernen will, der lerne nur diese! Den Lehrgang zum Selbstunterricht in wenigen Stunden versendet bei Einzahlung von 1 Mark franco der **Gründer August Lehmann, Berlin, Modernstr. 112, H. r. 1.**

Richard Volderauer,

Karlsruhe-Werderplatz 31.



Cartons, Pappschachteln

sind billig zu haben **Kaiserstraße 38, im Gutladen.**